

# Großbritannien braucht jetzt ein: „Sorry, wir haben uns geirrt!“

TEXT STEPHAN-GÖTZ RICHTER



Die EU will das Vereinigte Königreich bestrafen? Ach was. Gerade die Briten sollten nicht überrascht sein von der Standfestigkeit der übrigen Europäer. Ein Austritt aus einem Club kann nur zu dessen Bedingungen erfolgen. Und ein Präzedenzfall muss unter allen Umständen vermieden werden.

**T**imothy Garton Ash hat in einem Beitrag für die britische Tageszeitung „The Guardian“ eine ernste Warnung ausgesprochen: „Ein demütigender Brexit-Deal riskiert ein weimarhaftes Großbritannien.“ Der englische Historiker sieht die Gefahr, dass Großbritannien „eine mildere, bürokratische, wengleich friedliche Version des Versailler Vertrags“ (1919) auferlegt wird. Damit bringt er ein Jahrhundert nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Frage eines Diktatfriedens ins Spiel.

Der Alarmismus erstaunt, denn Garton Ash zählt nicht zu den Befürwortern eines Brexits. Auch andere britische Liberale stoßen ins gleiche Horn. Charles Grant, Direktor des Londoner Centre for European Reform, ein proeuropäischer Freidenker, hat vor Kurzem davon gesprochen, dass die EU Großbritannien zu einem „Vasallenstaat“ degradieren will. Die Nerven liegen offensichtlich blank.

Das an Versailles erinnernde Demütigungsargument liegt seit mehr als einem Jahr rhetorisch in der Luft. Es war seit dem Tag überfällig, als BBC-Interviewer ihre EU-Gesprächspartner regelmäßig danach zu fragen begannen, warum die EU Großbritannien für den Brexit „bestrafen“ wollte, nur weil sie nicht auf den „maßgeschneiderten“ Deal einging, den Premierministerin Theresa May in Brüssel anbot.

Obwohl das Weimar-Argument eine bewusst gewählte Zuspitzung ist, sollte man es nicht einfach vom Tisch wischen. Schließlich hat Europa einen großen Teil des 20. Jahrhunderts damit verbracht, die bösen Geister hinter sich zu lassen, die der einseitig Deutschland bestrafende Versailler Vertrag nach 1919 hervorrief. In London ist man offensichtlich in beiden politischen Lagern – pro und contra Brexit – konsterniert, dass die jahrzehntelang verhandelten Sonderdeals für das Vereinigte Königreich seitens der EU nicht länger angeboten werden.

In seiner Abhandlung „The Economic Consequences of Peace“ wies der britische Ökonom John Maynard Keynes 1919 auf den wesentlichen Mangel des Versailler Vertrages hin. Er bewirke das Gegenteil von dem, was Europa zu seiner Stabilisierung brauche: ein integriertes Wirtschaftssystem. Exakt darum geht es auch heute.

Der große Unterschied besteht darin, dass Europa seit 1957 im Unterschied zu damals im Wesentlichen auf der Grundlage eines solchen „Vertrags“ operiert, nämlich in Gestalt der EU mit all ihren Regeln und Vorschriften. Dem Vereinigten Königreich steht es selbstverständlich frei, etwa aufgrund seines Verständnisses von nationaler Souveränität aus diesem Pakt auszutreten. Allerdings muss ein Austritt genauso selbstverständlich auf der Grundlage der vom Club festgelegten Regeln erfolgen. Das

sollte niemandem klarer sein als den Briten selbst. Immerhin gelten sie als Erfinder der Clubkultur.

Der grundlegende Fehler auf der britischen Seite besteht in der Annahme, dass es sich beim (Br)Exit-Manöver um eine Verhandlungssache zwischen zwei Gleichgestellten handelt. Das stimmt nicht. Worum es vielmehr geht, ist eine nach den Regularien des Clubs vorzunehmende Vereinbarung zwischen dessen Geschäftsführung und dem ausscheidenden Mitglied.

### Die nüchtern exekutierte Politikkunst der EU

Das Missverständnis der britischen Regierung reicht aber noch weiter. Sie betrachtet ihr Land als Clubmitglied, das den Club zwar verlassen möchte, aber von den größten Vorteilen der Clubmitgliedschaft – freiem Warenverkehr und ungehindertem Zugang zum EU-Binnenmarkt – weiterhin profitieren will. Sie will hierfür aber nicht mehr die üblichen Clubgebühren bezahlen, die die EU dem Vereinigten Königreich ohnehin schon teilweise erlassen hatte. Das hindert die Briten in ihrem weiterhin imperialen Selbstverständnis freilich nicht daran, ein allein auf ihre spezifischen Bedürfnisse zugeschnittenes Sonderregime aushandeln und auch in Zukunft bestimmen zu wollen, welche neuen EU-Regeln es adaptieren will. Das ist in etwa so, als ob das ausscheidende Mitglied weiterhin dem Exekutivkomitee des Clubs angehören möchte. So lächerlich das klingt, es ist allen Ernstes britische Verhandlungsposition.

Die Kühnheit des Manövers hat die anderen Länder Europas in baffes Erstaunen versetzt: Das Streben britischer Politiker nach einem „Europa à la carte“ stellt einen eklatanten Verrat am Kern des Clubwesens dar, demzufolge sich alle Mitglieder den gleichen Regeln unterwerfen. Unter diesen Umständen sind Regeln, an denen sich Michel Barnier, der Brüsseler Beauftragte für die Brexit-Verhandlungen, orientiert, kein Akt der Bestrafung und schon gar kein Ausdruck versailleshafter Rachsucht. Sondern nüchtern exekutierter Politikkunst.

Die Tatsache, dass weder Deutschland noch die Niederlande oder Polen – traditionell Verbündete Großbritanniens in der EU – auf die Londoner Vorstellungen eingegangen sind, ist ein wichtiges Signal. Die Regierungen dort verstehen, dass sie die Integrität der EU nicht der Launenhaftigkeit Londons opfern dürfen. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte hat die vormalig Großbritannien zufallende Rolle des besonders pragmatischen, handelsorientierten EU-Mitglieds bereits übernommen. Und selbst die polnische Regierung hat, der tiefen Abneigung der PiS-Partei gegenüber Deutschland zum Trotz, die Risiken der unilateralistischen Wirtschafts- und Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump erkannt, um proeuropäische Signale auszusenden: Die Wirtschaft des Landes hängt

eben stark vom uneingeschränkten Zugang zu den EU-Märkten und insbesondere nach Deutschland ab.

Die Standfestigkeit der Europäer sollte die britische Seite aber auch noch aus einem anderen Grund nicht überraschen: So tief wie die soziale Tradition des Landes im Clubwesen verankert ist, so tief wurzelt die britische Rechtstradition im *Common Law*, das sich nicht nur auf Gesetze, sondern auch auf maßgebliche Einzelurteile von Richtern, auf Präzedenzfälle, stützt. Auf die Brexit-Verhandlungen übertragen, bedeutet das: Gerade die Briten müssten sich der Bedeutung jedes vermeintlichen kleinen Kompromisses, den sie der EU abverlangen – etwa in Sachen Arbeitskräftemobilität – als Präzedenzfall bewusst sein: Über kurz oder lang würden einzelne EU-Mitglieder drohen, aus der EU auszutreten, sollte Brüssel ihnen in dieser oder jener Frage nicht entgegenkommen – und das gesamte EU-Gebäude würde wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen.

Dass Europa, so Garton Ash, „die traditionelle britische Politik des *divide et impera*“ übernehme, ist daher eine grobe Irreführung. In gewisser Weise verhält sich das Vereinigte Königreich heute vielmehr so, wie sich die Südstaaten in den Vereinigten Staaten vor 1865 verhalten haben. Die britische Regierung von heute will sich, wie die amerikanischen Südstaaten damals, alle Vorteile eines Verbleibs in der Union sichern, aber zugleich an nicht mehr zeitgemäßen Traditionen festhalten. Damals ging es um Feudalismus und Sklaverei – und heute um ein absolutistisches Verständnis von nationaler Souveränität.

### Die Kosten der Scheidung

Der Unterschied: Anders als die USA damals verfügt die EU über eine „Sezessionsklausel“: Das Vereinigte Königreich muss nicht in den Krieg ziehen, um aus dem Staatenclub auszutreten. Allein für die Kosten der Scheidung – für die Begleichung der bereits eingegangenen Verpflichtungen – muss es aufkommen. Noch einmal: Das ist keine Bestrafung. Sondern das ist nur das Prozedere eines regelhaften Verfahrens. Der „pragmatische Realismus“, den Garton Ash für die Brexit-Verhandlungen zu Recht einfordert, kann daher zum aktuellen Zeitpunkt nur mit Blick auf die britische Seite eingefordert werden.

Großbritannien sollte endlich ehrlich und ernsthaft die Vor- und Nachteile seiner Mitgliedschaft in der EU bewerten – auch wenn es dabei zu dem Schluss kommt: Sorry, wir haben uns geirrt. Selbst wenn es keinen anderen Grund gäbe als den nahezu vollständigen Mangel an der erforderlichen Verwaltungskapazität, um auf britischer Seite einen Brexit zu bewerkstelligen, sollte die Wahl des Vereinigten Königreichs klar sein: We stay! Zumal für eine Nation, die geübt darin ist, im Sinne ihres wirtschaftlichen Eigeninteresses zu handeln.

Die EU-Mitgliedschaft kommt dem Vereinigten Königreich und seinen Menschen sehr zugute. Übrigens nicht zuletzt deshalb, weil die britische Industrie, ein integraler Bestandteil der europäischen Arbeitsteilung, einen kräftigen Vorwärtsschub erhalten hat. Auf dem Kontinent beheimatete Automobilkonzerne haben auf der Insel investiert, ihre dortigen Produktionsstätten in ihre internationalen Lieferketten integriert, die starke britische Abhängigkeit vom Dienstleistungssektor reduziert und außerhalb Londons gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. All dies würde mit dem Brexit allmählich verschwinden. ■

**STEPHAN-GÖTZ RICHTER**, geboren 1959, ist Herausgeber und Chefredakteur des Onlinemagazins „The Globalist“.

„Die Wahl des Vereinigten Königreichs sollte klar sein: We stay! Zumal für eine Nation, die geübt darin ist, im Sinne ihres wirtschaftlichen Eigeninteresses zu handeln“